

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr
4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post
das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Insetrate pro 3 gesetzte Petzeile 2 M. — Alle Inseraten,
Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Schmele,
Berlin O. 27, Andreasstraße, 61 II, zu richten.

Auflage: 105000 Exemplare

Inhalt:

Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl? — In den „seitherigen bewährten Bahn“ — Vorbereitung gemeinsamer Aktionen in kartellierten Betrieben. — Unzulässige Lohnbeschlagnahme. — Wie die Textilfabriken zu Arbeitern kommen? — Ausierungswillige, tarifdurchbrechende und „wahrheitsliebende“ Unternehmer in der Möbelposamentenbranche Berlins. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Politische Übersicht. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmertreissen. — Fachtechnische Anfragen. — Betriebsunfälle. — Missstände im Textilgewerbe. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefstellen. — Verantragsmachen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungsblätter. — Zentral-Kranken- und Begegnungsstätte (G. H. 12, Sieg Chemnitz). — Anzeigen. — Feuilleton: Einiges aus der Urgeschichte der Menschheit. — Fachgewerbliche Rundschau.

Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl?

Dieses zeitgemäße Thema ist in den letzten Wochen sowohl in der Tagespresse wie in Versammlungen und bei sonstiger Gelegenheit eingehend erörtert worden. In allen Ausschüssen kam zum Ausdruck, daß man von der Reichstagswahl für die Sozialdemokratie mehr erwarten könne. Das ist nach dem für die Sozialdemokratie über Gewerbe günstig gewesenen Ausfall der Wahl von 1903 ganz natürlich. Dieser ist aber auch die einzige Erklärung dafür, daß man von der heutigen Reichstagswahl für die Sozialdemokratie mehr erhofft als sie braucht. Die politische Konstellation war bei dieser Wahl keineswegs eine solche, daß man für die Sozialdemokratie auf einen beträchtlichen Stimmenzuwachs und auf Mandatsgewinne rechnen könnte, wenn man nicht in den Fehler verfiel, die 1903 für die Sozialdemokratie gewonnenen Stimmen als von überzeugten Sozialdemokraten hervorragend zu betrachten. Dieser Fehler ist aber augenscheinlich alleseitig gemacht worden. Wir wollen sogar gestehen, daß auch wir ihn gemacht haben und auf einen größeren Stimmenzuwachs für die sozialdemokratische Partei rechneten, als diese bei der letzten Wahl tatsächlich zu verzeichnen hatte. Nachdem sich nun aber gezeigt hat, daß fast der ganze 1903 gemachte Gewinn an Stimmen nicht von wirklichen Sozialdemokraten herrührte, braucht man sich nicht zu wundern, daß bei der letzten Wahl die Sozialdemokratie nur 4 Millionen Stimmen gewonnen hat; im Gegenteil kann man sich wundern, daß ihr Gewinn noch so groß war, denn wie gefagt, die politische Konstellation war keineswegs eine der Sozialdemokratie günstige, wenigstens war nichts da, was für sie einen erheblichen Gewinn aus den Kreisen der Mittäufe erhoffen ließ. Noch war die letzte Zeit reich an die Regierung und die ihre treuen Parteien kompromittierenden Vorgängen und die Lohnpolitik, die den armen Mann schädigen mußte, noch in aller Erinnerung. Doch was die Regierung kompromittierte, wußte sie schnell zu beseitigen und sich dadurch in den Mantel der Unschuld zu kleiden. Die Lohnwucherer schieden aber aus dem Kampfe fast aus, da ihre Politik von einer guten Konjunktur begleitet war, die die Folgen der von ihnen durchgesetzten Grenzperren bei einem großen Teile der Wähler verschafft hatte. Die Wähler aber, welche diese Folgen nicht versessen hatten, konnten sich mit den Lohnwucherern wieder auszöhnen, weil diese sich nach Aufröhrung der nationalen Frage auf die Seite der Regierung stellten. Das mußte ganz im Sinne der früher vielleicht Unzufriedenen, jetzt aber dennoch Nationalgebliebenen sein, um so mehr, da die nationale Frage mit einer wirtschaftlichen Umbrüfung verzerrt war, die dem Kleinbürgertum durchaus nicht gleichgültig sein konnte. Auch der Kleinbauer war an diesem wirtschaftlichen Element der nationalen Frage interessiert, denn wenn der Industriearbeiter reichliche Arbeit und leidliche Verdienst hat, geht es auch dem kleinen Bauer besser. Die gute Konjunktur der letzten Jahre ist von Hunderttausenden von Wählern sicher auf die Kolonialpolitik zurückgeführt worden, jedenfalls haben die Gegner der Sozialdemokratie alles getan, ihnen glauben zu machen, daß die gute Konjunktur oder der gute Geschäftsgang zum Teil eine Folge der Kolonialpolitik ist. Ihnen ist weiter der Glaube beigebracht worden, daß die Regierung verhindert werden soll, die nach ihrer Meinung für das Reich so vorteilhafte Kolonialpolitik aufzugeben, und da hielt sie es für ihre nationale Pflicht, der Regierung beizutreten.

Der Kleinbürger und der Kleinbauer wird ohnehin die Regierung als sich im Recht befindend angesehen haben. Der in politischen Dingen nicht oder doch nur schlecht Unterrichtete muß ja annehmen, daß die Regierung sich im Recht befindet, wenn sie den Reichstag aufstellt und an das Volk um einen besseren Reichstag appelliert. Wenn sie dem Volke nicht zumutet, daß es einen besseren Reichstag senden werde, wird sie den alten „schlechteren“ Reichstag nicht aufstellen. So wird der politisch wenig oder nicht Geschulte folgern. Folgert er aber so, dann muß er es für seine Pflicht halten, den vertragten, sich im Recht befindenden Regierung zu Hilfe zu eilen. Das dabei eine Partei am meisten leidet muß, die sich zur Regierung stets in schärfster Opposition befindet, leugnet gewiß ein. Bei solchen plötzlichen Auflösungen, für die als Grund ein Konflikt der Regierung mit den Parteien in nationalen und gleichzeitig wirtschaftlichen Fragen angegeben werden kann, hat die Regierung noch nie schlecht abgeschnitten und wird solange nicht falsch damit fahren, wie die große Masse der Wähler ein mangelhaftes politisches Verständnis besitzt. Es galt eben bei dieser Wahl nicht ein Kampf von Parteien gegen Parteien, sondern einen Kampf der Regierung gegen Parteien, die augenscheinlich für die wahren Bedürfnisse des Volks und seiner Regierung kein Verständnis zeigten. Und in diesem Kampfe schlug sich der Spiegel ganz analog seiner po-

litischen Natur, auf die Seite der Regierung und gab seine Stimme einer Partei, von der er wußte, daß sie durch die Politik der Regierung keinen direkten Schaden machen würde; wenn sie auch der Regierung nicht alles so prompt appellerieren würde, wie diese es wünschte, so würde sie aber doch immer ihre Politik in größerem oder geringerem Maße mitmachen. Und so wählt er, je nach seiner mehr oder weniger freiheitlich gestimmten Natur, mehr oder weniger reaktionär, aber nicht sozialdemokratisch.

Die Frage, warum der Kleinbürger und Kleinbauer ... unserem Grachten nach kommen diese beiden Volkschichten hauptsächlich in Frage — von der Sozialdemokratie abgeschieden sind, ist damit aber noch nicht erhofft beantwortet; sie werden dafür noch andere Gründe, als die angeführten, gehabt haben. Im Jahre 1903 schien es noch, als wollte sich die Sozialdemokratie zu einer bürgerlich-demokratischen Partei entwickeln, wenigstens sollte es manchen Kleinbürgerlichen Wähler so scheinen. Die Zahl der in die Partei eintretenden Akademiker wurde immer größer. Es gehörte bald zum guten Ton, Sozialdemokrat zu sein, noch mehr sozialdemokratisch zu wählen. Wir erinnern uns, daß jeder, der mit uns nach der Wahl über diese sprach sozialdemokratisch gewählt haben wollte und sich beleidigt fühlte, wenn man ihm das nicht glauben wollte, obwohl er mit der sozialdemokratischen Partei bis dahin nichts gemein hatte. In einer Partei, wo Rechtsanwälte und Doktoren sich wohl fühlten, mußte auch das Interesse des Kleinbürgers, des Kleinbauern gut gedacht sein. Also wählten sie einmal sozialdemokratisch, wozu sie um so mehr Grund hatten, da sie mit der inneren Politik der verschiedenen Landesregierungen und der Reichsregierung nicht zufrieden waren. Schon bei der früheren Wahl hatte die Sozialdemokratie gut abgeschafft. Die Hoffnung, sie werde bei der Wahl 1903 noch besser fahren, war also berechtigt. Und es müßte dann „endlich einmal besser“ werden. Der erste Teil der Hoffnung hat sich auch erfüllt, der zweite aber nicht. Und das brachte der Sozialdemokratie nicht zum Kleinsten Leid ihre Mandatverluste. Diese sind sicher mit auf ihren großen Sieg von 1903 zurückzuführen. Hätte sie damals weniger Mandate gewonnen, hätte man auch nicht so große Hoffnungen auf ihre Erfolge im Reichstage gehabt, der Abfall der „Willkür“ von ihr wäre vielleicht bei dieser Wahl verhältnismäßig geringer gewesen. So aber setzte man Hoffnungen in die starke sozialdemokratische Fraktion, hinter der die stärkste Partei stand, die die leider nicht erfüllen konnte, weil sie für ihre Bemühungen in den anderen Parteien keine Unterstützung fand und allein zu schwach war, ihrer Politik Geltung zu verschaffen. Von den in sie gesetzten Hoffnungen konnte keine erfüllt werden. Und so schwante man wieder von der Sozialdemokratie ab.

Das war ja im höchsten Grade unkonsequent, aber erklärlich bei Leuten, die von der Sozialdemokratie Augenblickserfolge, ja vielleicht auch überhaupt Gegenwartserfolge erwarteten, die sie aber nicht nachgeliefert sind wegen ihrer sozialistischen Zukunftspläne, die sie überhaupt noch niemals teils, ja, von denen sie strikte Gegner sind, wenigstens doch in einer Zeit, wo die kapitalistische Gesellschaftsordnung an sich end so festgestellt und gesichert dasteht, wie sie zuvor. Diese ziehen sie immer dem Sozialismus vor, wenn ihre eigene Existenz ihnen gefährdet erscheint; sie werden dem Sozialismus höchstens dann huldigen oder doch mit ihm sympathisieren, wenn in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ihre eigene Existenz gefährdet erscheint. Wenn bei der nächsten Wahl die Geschäfte wieder schlechter gehen, wird sich die Sozialdemokratie ihrer Stimmen wieder erfreuen können, die sie aber wieder verlieren wird, wenn die spätere Wahl wieder in eine günstigere Konjunktur fällt.

Bergesse man auch nicht, daß die Sozialdemokratie in leichter Zeit ihren revolutionären Charakter wieder mehr betont hat, was wir natürlich nicht bedauern. Auch der Kleinbürgerliche Wähler nicht, der vergessen hatte, daß er 1903 einer Partei seine Stimme gab, die will sie zu ihrem Hauptziel gelangen, zur Erhaltung oder Besserung der Existenz des Kleinbürgers — oder auch des Kleinbauern — nicht viel tun kann.

Ihnen könnte nur geholfen werden durch eine die Steigerung der Produktivität hindrende Wirtschaftspolitik. Eine solche Hindernis wäre aber gleichbedeutend mit einem wirtschaftlichen Rückgang. Den aber kann die Sozialdemokratie nicht mitmachen. Das einzige, was sie zur Besserung der Existenz der Kleinbürgertum kann und auch jederzeit getan hat, das ist, daß sie ihnen die drückenden indirekten Steuerlasten abnimmt und an deren Stelle eine direkte Reichseinkommen- und eine Reichschaftssteuer setzt. Bei einer solchen Steuergesetzgebung, wo die Einkommen bis zu 3000 M. im Jahre und die kleineren Vermögen bis zu 50000 M. von der Steuer befreit blieben, dafür aber die höheren und größeren Einkommen erheblich mehr zur Steuer herangezogen würden, würde die Existenz des Kleinbürgers und des Kleinbauerns erheblich verbessert werden.

Diese Schichten sind aber erschreckt worden, als die gemäßigteren Elemente in der Partei etwas unsanft auf das Ziel der sozialdemokratischen Befreiungen hingewiesen wurden und die Radikalen die russische Revolution feierten. Der Kleinbürger wollte wohl mit den Gemäßigten zusammengehen, aber nicht in Reich und Glied mit Revolutionären stehen. Er erkannte, wohin er wider Willen geraten war und schwante wieder dahin ab, woher er gekommen war. Eine Partei, welche den Massenstreit predigt und mit der Revolution siebzägt, konnte er nicht mehr folgen, denn bei solchen Aktionen kann er nicht gewinnen, wohl aber verlieren. Ihm ist schon die gewöhnliche Streikbewegung unangenehm. Ob auch manchmal zum Schaden. Sie hat aber in den letzten Jahren auch zugestanden und durch Aussperrungen großen Stils, mit denen sie neuerdings durchsetzt ist, einen ernsteren Charakter angenommen, als sie 1903 hatte. Und das aussperrende Unternehmertum gibt sich hier in derselben Rolle der ungerechten Leidenden, wie die Regierung. Kein Wunder, wenn der Kleinbürger wirklich glaubt, was ihm weis gemacht wird: Das das Unternehmertum sich der sozialdemokratischen Streikbewegung gegenüber in Notwehr befindet und daß er diese Bewegung nicht noch durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels unterstützen darf. Das die Arbeiter durch Streiks lediglich zu eringen suchen,

um was sie durch die Spezialpolitik geschädigt worden sind, und daß sie auch nur fordern, was ihnen von den Leitern der agrarischen Polizeipolitik als gutes Recht zugestanden wurde: höhere Löhne, wenn die Warenpreise steigen sollten was bekanntlich in nicht geringem Maße geschehen ist, das wissen sie entweder nicht oder sie tun nicht, als Konkurrenten die von den Arbeitern geforderten höheren Löhne wieder mitzubezahlen zu müssen. Sie wissen auch nicht, daß die Streikbewegung unterhaltende Gewerkschaftsbewegung mit der Sozialdemokratie nichts gemein hat und ebenso energisch austreten könnte, wenn es gar keine Sozialdemokratie gäbe; sie handeln eben nach dem, was sie glauben. Und wenn sie alles glauben, was ihnen die Feinde der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung vorreden, dann ist es erklärlich, daß sie sich diesen zu und von der Sozialdemokratie abwenden.

In den eigentlichen Proletarierkreisen hat die Sozialdemokratie, wie es scheint nicht verloren, sondern gewonnen; sie können mit der Politik der Sozialdemokratie einverstanden sein. Soll sie diese das Kleinbürgertum und das Kleinbauerntum gewonnen werden, so muß die Sozialdemokratie für sie etwas tun, was im Interesse des proletarischen Emancipationsstamps nicht zu begreifen wäre und was ihr wieder von proletarischem Seite nicht zu einer Schwächung zufügen würde. Und diese würde noch viel empfindlicher für sie werden als die, welche ihr soeben von Kleinbürgern und Kleinbauern Seite zuteilt wurde.

Was sie, um diese Schichten für sich zu gewinnen, tun kann, ist, daß sie ihnen begreiflich macht, daß sie zwar für sie nichts tun können, aber weit entfernt davon sei, gegen sie etwas zu unternehmen. Das hat sie aber auch stets in ausreichendem Maße getan, ohne, wie die leichten Wahlen zeigten, damit den gewünschten Erfolg zu erzielen. Bleibt dann noch die Aufklärung darüber, was die Gegner im Interesse dieser Schichten angeblich tun, in Wirklichkeit aber zu tun unnelassen. Und da muß von Fall zu Fall Aufklärung gegeben werden, nicht erst kurz vor der Wahl. Wenn daraus dann die der Sozialdemokratie noch fernstehende Mittelsstandsschichten lernen, daß auch die anderen Parteien für sie nichts tun oder tun können, die Sozialdemokratie aber durch dieselben behindert wird, etwas für sie zu tun, was sie es, unbedingt des proletarischen Interesses, könne, dann werden sie nicht mehr hinter den Parteien herlaufen, zu denen sie ihrer sozialen Stellung nach nicht gehören, sondern sich der Sozialdemokratie zuwenden, zu der sie ihrer sozialen Stellung nach — als von jedem sozialen Aufstieg ausgehobene, wenn auch nicht als völlig defektiv — viel mehr gehören, als zu den Parteien, die weder ihre, noch die Interessen der Lohnarbeiter, sondern nur die Kapitalisten in Industrie und Landwirtschaft wie im Handel wahrnehmen wollen.

Das ist es, was injecem Grachten nach die Sozialdemokratie aus dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl lernen sollte. Diese Wahl lebt aber auch, daß selbst die proletarischen Schichten über politische Vorgänge unzureichend informiert sind oder — zu schnell vergessen. Auch sie müssen stets darüber auf dem Laufenden erhalten werden. Nur weiß sie ihr Klasseinstinkt schon auf die Sozialdemokratie als ihre einzige verlässliche Partei hin, doch versagt dieser Instinkt, wenn die gegnerischen Parteien alles daran setzen, sie über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in unähnlicher Weise zu unterrichten, um sie von ihr abzuwenden. Durch stete Aufklärung über alle politischen Vorgänge muß dafür gesorgt werden, daß jeder Schwindel der Gegner kurz vor der Wahl von jedem Proletarier als solcher erkannt wird und daß ihn sein Instinkt nicht ins Lager seiner Feinde führen kann, wie es bei der verlorenen Wahl leider in nicht wenigen Fällen geschehen zu sein scheint.

Wenn wir vor der Wahl der Neberzeugung Ausdruck verliehen, daß die Wahlmacht der Regierung die beabsichtigte Wirkung auf das Volk nicht haben würde, so gingen wir, wie so viele, von der Ansicht aus, daß das Volk über ein gehöriges Maß politischen Wissens verfüge, wenigstens die Volkszählung, die die stärkste ist. Wir haben uns darin getäuscht: das Lohnarbeiterstamm hat vielmehr eine politische Schulung, als wir annahmen. Und nur dieser Mangel hat der Sozialdemokratie — in den industriellen Wahlkreisen wenigstens — so viele Mandate gelöst. Mügen auch die anderen Volkschichten Gründe gehabt haben, diesmal der Sozialdemokratie nicht zu folgen — für die Lohnarbeiterstamm lag dazu ein Grund vor. Wo sie von der Sozialdemokratie abfiel, geschah es nicht aus nationalen oder wirtschaftlichen Gründen, sondern aus — politischen Universitäten. Wird dieser Begriff kurz vor der Wahl von jedem Proletarier als solcher erkannt wird und daß ihn sein Instinkt nicht ins Lager seiner Feinde führen kann, wie es bei der verlorenen Wahl treu zu ihr halten.

In den „seitherigen bewährten Bahn“.

Der in den Tagen vom 25. Januar bis 5. Februar 1907 gewählte deutsche Reichstag ist am 10. Februar 1907 zusammenberufen worden und hat nun seine Tätigkeit begonnen. Was bei dieser Tätigkeit für die Arbeiter herauszuspringen wird, das kann man, wenn man sich die Zusammensetzung dieses Reichstages vergegenwärtigt, sehr leicht aufstellen. Denn wenn jemals ein Reichstag bestimmt war, auf den das Sprichwort zutrifft: „Agarisch ist Er im Pf.,“ so trifft das auf den gegenwärtigen Reichstag zu. Die Majorität, welche für die in den letzten Jahren mit Hochdruck betriebene Wirtschaftspolitik eintritt — das Bunt, die Konservativen und der Teil der Nationalliberalen, welche sich dem Bunt der Landwirtschaft verpflichtet haben — ist bedeutend vermehrt worden. Aber nicht diese Majorität ist größer geworden, sondern auch jene Majorität, welche entschlossen ist, aus lauter nationaler Besinnung loszulassen, pardon, Begeisterung, dem Willkür- und Martineum, durch die Millionen hunderttausend Kolonialbeamten nun erst recht in Szene zu legen will.

Alo an neuen dünkenden Steuern wird es in Zukunft sicher nicht fehlen. Diese neuen Steuern werden aber wieder auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen, auf die Schultern der breiten Masse der Arbeiter und des Mittelstandes gelegt werden.

Wir brauchen wohl aber nicht erst zu sagen, daß in dieser Beziehung für die Arbeiter schon bisher des Guten viel zu viel geschehen ist, und daß sie sich insgesamt gegen eine weitere Verjüngung mit Steuerlasten schon jetzt entschieden vernehmen möchten.

Den Arbeitern mangelt es an ganz anderen Dingen als an Steuern. Die Arbeiter verlangen, daß ihnen entweder ihre Existenz durch Beseitigung des Lebensmittelhunders erleichtert oder daß ihnen durch Schaffung eines Getreides, in dem ihnen ein gutes menschenverdienstliches Leben ausreichender Mindestlohn garantiert wird, ihre Existenz überhaupt gestellt werde. Die Arbeiter verlangen ferner eine wirkliche durchgreifende Sozialreform, aber keine solche Sozialreform heutegleiche, wie sie die Mehrheitsparteien bisher im Reichstage betrieben haben. Die Arbeiter verlangen aber weiter, daß ihnen endlich auch diejenigen geschlechtlichen Rechte zugesetzt werden, welche andere Berufsschichten zur Wohnehnung ihrer wirtschaftlichen Interessen längst besitzen.

Es sind das alles keine unverschämten Forderungen, sondern Forderungen, deren Berechtigung und Notwendigkeit zum großen Teil sogar vom Kaiser schon bestimmt worden ist.

Beim Empfang der Arbeitgeber im Bergbau am 18. Mai 1889 sagte der Kaiser:

"Es ist ja nun natürlich, daß jeder Mann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter leisten Beiträge und wissen, wie das Verhältnis des Lohnes zu dem Gewinn der Betriebschäften steht. Das sie mehr oder weniger daran teilhaben wollen, ist ebenfalls."

Aber nicht nur bei dieser, sondern auch bei anderen Auseinandersetzungen kommt es vor, daß der Kaiser über die Stellung des Arbeiters gegenüber den Arbeitgebern Anklagen vertrat, welche ein freier Gewerkschaftler vollständig unterstreichen kann und für selbstverständlich hält.

Nachdem der Kaiser am 6. April 1889 gegenüber dem verbotenen liberalen Abgeordneten Mörsie die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern bestand, hielt er gegenüber dem Abg. v. Czerny folgendes:

"Ob wir nuntant oder nicht für unsere Bestrebungen, für die Aufhebung des Wohlens der arbeitenden Klassen eintreten, in diesem Bereich werde ich nicht erlauben. Aedenfalls geben mir diese Bestrebungen für alles, was wir tun, ein ruhiges Gefühl."

Bei der Eröffnung des Staatsrates am 11. Februar 1890 wurde der Kaiser gegenüber den Vertretern der Fabrikanten im Generalverband deutscher Industrieller noch deutlicher. Er sagte:

"Der den Arbeitern zu gewährende Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitsträger ist einer verbesserten Regelung fähig."

Schon diese hier angeführten Kundgebungen des Kaisers rechtfertigen gewiß unsere obige Behauptung, daß die Forderungen, welche die Arbeitsträger an den neuen Reichstag in bezug auf die Sicherung der Existenz, die Schaffung einer grundlegenden Sozialreform, sowie der Bewahrung von Rechten, welche andere Berufscläthen schon haben, stellt, keine unverschämten sondern nur zu berechtigte Forderungen sind.

Aber trotzdem halten wir es für angebracht, hier noch auf eine Kundgebung des Kaisers einzugehen, welche seinerzeit großes Aufsehen erregte, und welche ein umfangreiches Programm sozialpolitischer Arbeit aufzündigte, von der es aber inzwischen ganz still, mitschweigen ist geworden.

Wir meinen die Februarerklärung des Kaisers vom Jahre 1890.

Einer derselben, freilich gewissermaßen das Programm der nationalen Sozialpolitik enthielt, und der uns hier auch mit interessiert wurde am 4. Februar 1890 an den Handelsminister gerichtet und hatte folgenden Wortlaut:

"Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungsangelegenheit hin die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter eine Prüfung anzuordnen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regulieren, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gehalte der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibt. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihre Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck

ihrer Wünsche und Bedürfnisse zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den schlechten Führung zu behalten."

Das in diesem Erlass enthaltene sozialpolitische Programm enthält gewiß sehr beachtenswerte Vorschläge, Vorschläge, welche, wenn sie die gesetzliche Sanction bekommen hätten, auch gewiß eine Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung der Arbeiter zur Folge gehabt hätten; leider haben aber diejenigen recht behalten, welche schon beim Bekanntwerden des Erlasses sagten:

"Die Wollschäfthör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

Am 4. Februar 1907 waren 17 Jahre in die Welt gegangen, und nun fragen wir unsere Leser, ob sie aus der Geschichte der Gesetzgebung des deutschen Reichstages innerhalb der letzten 17 Jahre auch nur in bezug auf einen der in dem Erlass ausgeführten sozialpolitischen Programmpunkte entdecken können, daß er

Mehr einer ist zu finden.

Wir wollen heute auf die Ursachen, warum die in dem Kaiserlichen Erlass enthaltenen sozialpolitischen Forderungen vom Reichstage nicht angenommen, nicht eingehend; dazu werden uns die nächsten Wochen reichlich Gelegenheit geben.

Nur auf eins wollen wir heute eingehen, und zwar auf den im letzten Wahlkampfe von den Hottentottenschwindlern des Reichsverbandes für Verleumdung der Sozialdemokratie verbreiteten Schwindel, womit behauptet wurde, die seitherige sozialpolitische Ausdehnung des Reichstages sei nur deshalb so gering, weil die Sozialdemokratie durch ihre hohen Forderungen den anderen Parteien jede Lust zu sozialpolitischer Verbesserung verleiht habe.

Diese Behauptung ist natürlich nur eine ganz schändige Schenkelei, mit welcher sich die bisherigen Vertreter der bürgerlichen Parteien um ihre bisherige schändige Haltung in sozialpolitischen Dingen herumgeschwindeln suchen.

Wahr ist allerdings, daß die Sozialdemokratie im Reichstage nicht, wie die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, sozialreformerische Schenkelei, sondern eine dem Arbeiter Nahen bringende Sozialpolitik betrieb. Die Sozialdemokratie machte es nicht wie das Zentrum, welches sich von seinen eigenen Anhängern, den gewerkschaftlich organisierten christlichen Arbeitern, sagen lassen möchte, daß es den Arbeitern Staat statt Brot gegeben habe. Nein, die Sozialdemokratie wollte, daß eine Sozialpolitik betrieben werde, welche dem Arbeiter gegenüber auch einen Wert besitzt. Das interessierte an dieser bei den Reichstagswahlen von den Kurs des Reichsverbandes betriebenen Schwindeler ist aber jedenfalls, daß dieselben Schwindler, welche an einer Seite behaupten, die Sozialdemokratie habe in sozialpolitischer Beziehung zuviel verlangt und dadurch den bürgerlichen Parteien die Macht an der Sozialpolitik verliebt, auf der anderen Seite tunnen und die weitere Lüge verbreiten, wonach die Sozialdemokratie in sozialpolitischer Beziehung eine ganz negative Tätigkeit entfaltet, also jede Sozialpolitik verneint habe.

Auch die Maulhelden der krisiellen "Textilarbeiterzeitung" können es sich nicht verleiben, wie der Kurs in das allgemeine Gehör der reichsverbandserischen Meute einzustimmen, sonst fühlten sie nicht von negativer, sondern von unfehlbarerer sozialpolitischer Tätigkeit der Sozialdemokratie. Diese Schreiberseelen der krisiellen "Textilarbeiterzeitung" scheinen die Geschichte der sozialpolitischen Entwicklung Deutschlands nicht an der Hand der steinographischen Berichte des deutschen Reichstages, sondern in dem Schwindelaboratorium des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie studiert zu haben.

Hoffentlich geht jetzt die Presse der modernen Arbeiterbewegung davon, eine systematische Abhandlung über die Geschichte der sozialpolitischen Gesetzgebung des deutschen Reichstages, unter spezieller Bedeutung der Tätigkeit der Sozialdemokratie im Gegensatz zur Tätigkeit der bürgerlichen Parteien, zu veröffentlichen. Wir werden dannächst damit beginnen, und wenn wir dann an der Hand des altenmäßigen Materials den Entwicklungsgang unserer sozialpolitischen Gesetze durchzuhören werden, da sind wir nicht im geringsten im Zweifel, daß die Tätigkeit der Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Wege die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien noch turmhoch übertragen wird.

Und besonders das Zentrum mit seiner Stein statt Brot gebenden Arbeiterschultheiße darf am schlechtesten dabei wegkommen.

Wenn alle politischen und gewerkschaftlichen Zeitungen der modernen Arbeiterbewegung nach dieser Richtung hin über die von den einzelnen Parteien betriebene sozialpolitische Tätigkeit Aufklärung schaffen, dann wird dieser Schwindel über diese angeblich negative Tätigkeit der Sozialdemokratie keine Wirkung mehr erzielen.

Lebzig wird ja auch der gegenwärtige Reichstag auf diesem Gebiete bald die nötige Aufklärung schaffen.

Nach den Erfahrungen, welche die Arbeiter bisher mit den bürgerlichen Parteien in bezug auf die Sozialpolitik gemacht hatten, würden die Arbeiter bei den Reichstagswahlen gewarnt, keinem

Vertreter der reaktionären Parteien die Stimme zu geben. Diese Warnung war auch an die Arbeitervälder im Kreis Offenbach gerichtet worden; jenem Kreise, den der nationalreaktionäre Schriftsteller Dr. Becker in der lebhaftesten Legislaturperiode im Reichstage vertreten. Dieburg erklärte "Offenbach", daß der Hottentottenschwindel im Offenbacher Kreis vom Durchfall befreit werden würde, wande sich daher in ihrer Rolle an den Reichstagsabgeordneten fürsten v. Bülow mit der Bitte, ihr ein Mittel gegen den Durchfall zu verschaffen. Sie fragte nach der "sozialen Praxis" beim Reichstagsabgeordneten an, ob von der Regierung mit Hilfe des neuen Reichstages eine Rückwärtsrevision der sozialpolitischen Gesetze geplant sei. Darauf ging ihr vom Reichstagsabgeordneten selbst folgendes, sich wie eine lebende Satire lesendes Telegramm zu:

"Die deutsche Sozialpolitik wird in den seitherigen bewährten Bahnen nachdrücklich fortgeführt werden."

"In den seitherigen bewährten Bahnen." Welche verlorenen Aussicht bietet sich da, wenn man sich diese "seitherigen bewährten Bahnen" betrachtet.

Wir haben ja vorliegend schon ein erhebliches Stück dieser "seitherigen bewährten Bahnen" gezeigt. Wenn aber trotzdem bei dem einen oder anderen noch etwas Hoffnung auf Besserung besteht, so darf die Hoffnung inzwischen vollends auf den Gipfelpunkt gesunken sein.

Am 19. Februar er, als der Reichstag eröffnet wurde, warde in der Thronrede das politische Programm der Regierung bestimmt gegeben. Wer nur glaubt hätte, daß die Thronrede, wenn auch mit in allgemeinen Umrissen angedeutet, ein sozialpolitisches Programm enthalte, würde sich bestimmt darüber freuen, der sucht vergeblich darin. Was gehören ja nicht zu denen, welche ihr Schätzchen auf irgend eine Hoffnung hoffen. Selbst ist der Mann, das ist unsere Vision, auf dessen Wiederholung wir heute sagen, daß die Inhalt der Thronrede unjeren Erwartungen im vollen Maße entsprochen hat.

Freilich, jene politischen Kinder, welche nie klug werden, die bürgerlichen Sozialreformer, die hängen jetzt betrübig ihre Arme" hängen, werden sie geschehen, daß ihre Hoffnungen zu Wasser geworden sind.

Als die Käffnerpresse unter dem Kriegsgeheimnis des Hottentottenschwindels ihr blödes Siegesgepläne über die angebliche Niederlage der Sozialdemokratie ausstimmte, da hieß es, namentlich in den liberalen Blättern: "All Heil!" Jetzt ist die Sozialdemokratie niedergeschlagen und nun ist die Wahrheit frei, um eine richtige Sozialpolitik zu entfalten. "Nun erst recht," hieß es, jetzt muß die Regierung durch die Tat beweisen, daß sie es anerkennt, daß sich die Arbeiter von der Sozialdemokratie abwenden; eine Behauptung übrigens, welche nicht mit den Tatsachen entspricht. Denn wenn auch die Sozialdemokratie infolge der reichsverbandserischen Hottentottenschwindel eine Reihe Mandate einzufordern, so geschah das nicht, weil sich die Arbeiter von ihr abwenden; im Gegenteil, die Stimmen der Sozialdemokratie haben um eine Viertelmillion zugenommen. Doch dies mir nebenbei. Männer wie den Käffern der Kolonialneiger rühig dieses harmlose Vergnügen, lassen wie sie in dem naiven Tonale des angeblichen Siegers. Aber fragen wir doch einmal diese teuren Siegeshelden, an was es denn nun liegen mag, daß, nachdem doch die Sozialdemokratie angeblich zusammengebrochen ist, und dennoch, nach Ansicht des "Sieger", nicht mehr in der Lage sei, durch so hohe sozialpolitische Forderungen den bürgerlichen Parteien die Mitarbeit an der Sozialpolitik zu verleihen — an was es denn nur liegen mag, daß nicht diejenigen sozialpolitischen Aufgaben, welche vor 17 Jahren in dem kaiserlichen Erlass als zukünftige Gesetzgebungsaufgabe ins Auge gesetzt waren, diesmal aufgenommen worden sind.

Zu diesem politischen Programm der Regierung heißt es nur in Bezug auf die in Aussicht genommene sozialpolitische Tätigkeit des Reichstages: "Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzuführen."

Wollen wir also wissen, was denn nun in Zukunft auf sozialpolitischem Gebiet geschehen soll, so sind wir gewußt, erst den erhabenen Geist Kaiser Wilhelms des Großen zu zitieren. Diesen erhabenen Geist finden wir enthalten in der Thronrede vom 15. Februar 1881 und in der kaiserlichen Wollschäfthör' ich wohl, ich will nicht wiederholen.

Zu dieser Thronrede vom 15. Februar hieß es:

"Die bisherigen Veranstaltungen, welche die Arbeiter vor der Gefahr sichern sollten, durch den Verlust ihrer Arbeitsfähigkeit, infolge von Unfällen oder des Alters, in eine hilflose Lage zu geraten, haben sich als ungerecht erwiesen, und diese Ungerechtigkeit hat nicht wenig dazu beigetragen, Angehörige dieser Verunsicherten dahin zu führen, daß sie in der Mitwirkung zu sozialdemokratischen Bestrebungen den Weg zur Abhülfe suchten."

Die kaiserliche Wollschäfthör' ich wohl, vom 17. November hat folgenden Wortlaut:

"Schon im Februar dieses Jahres haben wir unsere Neuerung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern

hat wohl am nachdrücklichsten in seinem vor mehreren Jahren erschienenen Werke "Die Urgeschichte der Kultur" der Ansicht Ausdruck gegeben, daß nicht die geschlechtlichen Verhältnisse, sondern die Sympathie der Geschlechter vor allem der männlichen Jugend, den Anstoß zur Bildung größerer Verbände gab. Diese Sympathie des Mannes hat nach Sorgus überhaupt vorzüglich den Fortschritt vom ersten Herdenzustand zu den patriarchalischen Gesellschaften begünstigt.

Zu den ersten durch das Gesetz der Zusammengehörigkeit geschaffenen Gemeinden mußten sich natürlich bald, genauso dem Prinzip der individuellen Abweichung, starke, willenskräftige, zur Leitung geborene und andererseits persönlich weniger hervorbrechende Individuen entwickeln; die Sympathie der älteren verwandelte sich in Herrschaft, dieselben Eigenschaften bei den legeren in Wehrsam und in Rettung, sich einer trügerischen und klugen Leitung zu überlassen. Es entstanden Käffere der Herden, Häuptlinge, die anfangs jedenfalls nur zu gewöhnlichen Aktionen in Tätigkeit traten, während für gewöhnlich die als planlose Sammler der Nahrung herumschweifenden Angestellten dieser ursprünglichen Herden in ähnlich bedeutender Mengenbildung dahingehalten. Die Erfahrung über lehrt, daß bei sinnstiftender Leitung, bei einem einheitlichen Willen als angestrebt Zwecke leichter und sicherer erreicht wurden und diese Erfahrung wirkt als stärkeres Verhältnis auf die Herde, so wie sie sich ihm an; diejenigen, welche es zu einer einheitlichen Leitung gebracht hatten, erweitern sich als stärker, sie befiehlten, rotzten auf oder verlagerten in andere Regionen die in der alten Form einer gewissen individuellen Mengenbildung dahingeschweiften Gesellschaften. Der Gebräuch, die Gewohnheit wirkt gänzlich auf die neue Sitten, schon die aufwachsenden kleinen Gemeinden schenken sich an Erfahrung vor den Herdenführern, und so entstanden, unterstützt durch die sich vererbenden und bestätigenden Überlebenserfahrung, die starken, legerigen, von einem Willen zusammengehaltenen Stämme.

Zu dem ziemlich unbeschränkten Wanderungsvermögen der ersten Menschen konnten sich gewisse Gruppen natürlich oft von der Hauptmasse der Herden vollständig absondern, so daß sie nicht mehr mit den legeren in Beziehung blieben, auch bei weiterer Vermehrung trennten sich immer wieder neue Gruppen von den Stammmherden

Einiges aus der Urgeschichte der Menschheit.

Von M. H. Baede (Friedrichshafen).

(Nachdruck verboten.)

Es ist schwer, eine auf wicklich wissenschaftlicher Grundlage beruhende Vorstellung von dem ersten und ältesten Zustande des Menschengeschlechts zu erhalten. In ein paradiesisches Paradies, bei welchem die ersten Menschen gewisslosen als schuldlos mit Gott und der Natur in bestem Einvernehmen stehende Engel lobten, dentete wohl kein ernster Forscher und überhaupt kein in dieser Beziehung erachteter Mensch mehr. Der Mensch hat sich chemisch und ursprünglich in einem von dem tierischen Herdenstaat lebenden Menschen mit ihrem Anhange bestanden. Diese leichte Annahme wird in einem gewissen Grade gestützt durch die Tatsache, daß die heute fast auf der untersten Stufe der Kultursiedlungen Menschenmenschen in solcher Weise leben; sie schweifen in losen, meist nur wenige Köpfe zählenden, oft monogamischen, d. h. in Ehe lebenden Familien umher, ohne sich im geringsten um ihre entfernten lebenden Stammmenschen zu kümmern, und ohne mit diesen ein gemeinschaftliches Überkaupt zu haben. Auch die menschlichen Affen leben wohl meist in monogamischen Verhältnissen; nichtdestoweniger werden wir diese in der ersten menschlichen Gemeinschaft nicht ausdrücklich anzunehmen haben, denn der Begriff der Familie ist nicht gleichwertig dem der Ehe.

Es gibt indessen auch Forschungsergebnisse, welche den lateinisch ungeordneten Zustand der Vommlaufschafts oder Promiscuität, d. h. regelloser geschlechtlicher Vermischung bei jetzt lebenden wilden Herden beobachtet haben. So berichtet anfangs

gleichmäig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere Pflicht, dem Reichstag diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit umso größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsre Regierung stiftlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, derselbe das Beweistein einzubringen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Gülsbedürftigen größere Sicherheit und Erzielbarkeit des Verstandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. Zu Unseren darauf gerichteten Befreiungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiss und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteidestellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Verluste mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzt wird ihm eine Vorlage zu Seite treten, welche sich eine gleichmäig Organisation des gewerblichen Kranken- und Verlustwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß sozialer Fürsorge, als ihnen bisher hat zuliegen werden können . . .

Diese beiden Kundgebungen, welche nach der Thronrede vom 1. Februar 1907 in sozialpolitischer Beziehung, als der erhabene Geist Kaiser Wilhelms des Großen zu gestalten haben, zeigen also, daß es sich, wenn in diesem Geist das soziale Werk weiter fortgesetzt werden soll, mit dieser Fortsetzung nur um die Arbeiterversicherungsgesetzgebung handeln kann. Dene beide Kundgebungen beziehen sich wie auf diese Versicherungsgesetzgebung. Kein Wort ist in jener Kaiserlichen Botschaft über jene sozialpolitischen Aufgaben enthalten, welche in dem Februarerlaß des Kaisers aus dem Jahre 1890 angeführt sind.

Kein Wort vor Gleichberechtigung der Arbeiter mit dem Arbeitgeber, kein Wort von einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit, kein Wort von einem Schutz vor willkürlicher und schrankenloser Ausbeutung der Arbeitskraft, kein Wort — doch genug; gerade hier, wo es, wie es in dem Februarerlaß des Kaisers vom Februar 1890 sehr richtig heißt, eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gerechte Gleichberechtigung gewahrt bleibt, bewegt sich die deutsche Sozialpolitik, um mit dem Reichstag zu reden, in den seitherigen gewährten Bahnen. Das heißt: es geschicht also nichts.

Wer gefehlt hat, wie die konserватiven Beutepolitiker seit wenigen Tagen in erhöhtem Maße gegen die sozialpolitische Gesetzgebung Sturm laufen, der darf sich nicht wundern, daß selbst die Regierung zu diesem Reichstage in sozialpolitischer Beziehung sehr wenig Vertrauen hat. Noch viel weniger allerdings wird dieser Reichstag geneigt sein, den Arbeitern irgendwelche weiteren Rechte einzuräumen.

Man lese nur die Resolution, welche auf der 32. Hauptversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, einer ganz reaktionären Vereinigung, am 12. Februar 1907 im Architektenhaus zu Berlin angenommen wurde. Diese Resolution, welche das Herrenhausmitglied Dr. jur. v. Burgsdorf-Markendorf vorgelegt hatte, und welche nach einer an Aussfällen gegen die Sozialgesetzgebung reichen Debatte angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung hat es nicht vermocht, Zufriedenheit in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung herzorzurufen und die Umsturzbewegungen einzuschränken. Die Generalversammlung erklärt daher:

A. Es sind anzustreben:

1. die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgesetze (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), die Vereinheitlichung und die Verbilligung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens;

2. eine ausgiebige Erschließung der in der Kaiserlichen Botschaft von 1881 angekündigten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit Repressivmaßregeln gegen die gewinngünstigen Bestrebungen der Sozialdemokratie, ohne welche beiden Maßregeln die sozialpolitische Fürsorge, zumal in der Gestalt, welche sie heute angenommen hat, als dem Sinne der Kaiserlichen Botschaft von 1881 widersprechend und den Zwecken und Zielen derselben zu widerlaufen angesehen werden muß.

B. Da der bislang beschrittene Weg sich zum Teil als gangbar nicht erwiesen, vielmehr der größte Teil der sozialpolitischen Fürsorgemaßnahmen die Begehrlichkeit unter der Arbeiterkraft hervorgerufen und eine unter solchen Umständen nicht zu rechtfertigende weitgehende Belastung vieler Kreise und Gewerbezuweige herbeigeführt hat, werden die verbündeten Regierungen es sich, weitergehende Maßregeln solange

auszustellen, bis die Botschaft von 1881 mit den dort angedeuteten und für unerlässlich erkannten Mitteilungen durchgeführt und der Erfolg dieser Durchführung in dem von der Botschaft erhofften Sinne abgewartet worden ist, dagegen von einer Arbeitslosenversicherung aber Abstand nehmen zu wollen.“

In ähnlicher Weise wie in dieser Resolution hatte sich schon Ende vorigen Jahres der in Berlin tagende Delegiertentag der konserватiven Partei gegen die sozialpolitische Gesetzgebung ausgesprochen. Nach der konserватiven „Schlesischen Zeitung“ vom 3. Dezember 1906 war es besonders der Graf Mirbach-Sorquitten — der frömme Sachsen-erbauer — der an schriftlich gegen diese Gesetzgebung Sturm ließ. Er ergriff in der Debatte das Wort und sagte:

„Herr Fr. von Mischosken wies auf den Satz der Allerhöchsten Botschaft von 1881 hin, welcher zum Ausdruck bringt, daß neben der „Repression“ der unsichterlichen Elemente eine erhöhte Fürsorge für die ärmeren Teile der Bevölkerung notwendig sei, um den inneren Feind wirksam zu bekämpfen, daß demnach die Allerhöchste Botschaft an einer Repression, d. h. an einem Sozialistengesetze, festhalte. Dieser Hinweis ist vollkommen zutreffend und sehr bedeutsam. Ich erlaube mir in alter Kürze auf ein zweites überaus wichtiges Moment aus dem Inhalt der Allerhöchsten Botschaft hinzuweisen:

Die Allerhöchste Botschaft von 1881 besteht aus zwei in un trennbarem Zusammenhange stehenden Abschnitten. Der Schluss des ersten Absatzes lautet: „Zumherhin wird aber auf die Weise das Ziel (die Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung) nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.“ Denn (so lautet unmittelbar daran anknüpfend der Anfang des zweiten Absatzes) „auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuereform weist auf die Gründung ergiebiger Einnahmen durch indirekte Reichsteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landesteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schulosten, von Brüderlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen deutenden direkten Abgaben zu entlasten“.

Aus dem „auch“ im Eingange ergibt sich ganz klar, daß die Allerhöchste Botschaft als Unterlage, als Mittel zu ihrer Durchführung, demnach als ihre Vorbereitung die Entwicklung der indirekten Reichsteuern hingestellt hat. — Das ist doch überaus bedeutungsvoll, aber (ob absichtlich oder unabsichtlich will ich dahingestellt sein lassen) vollständig übersehen worden. — Alle Achtung vor dem Inhalte der Allerhöchsten Botschaft; aber man sollte sich davon hüten, aus ihr einzelne Teile herauszugreifen — die einen gerade passen. Die Allerhöchste Botschaft ist ein Ganzen und muß so behandelt werden, andernfalls machen wir mit ihrer Durchführung noch recht trübe Erfahrungen.“

Als wir die Thronrede vom 10. Februar 1907 zu Gesicht bekommen und dort den Satz fanden: „Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzuführen“, da erinnerten wir uns des Auspruches des Freien Bismarck, das Alters- und Individuenversicherungsgesetz sei die Krönung dieses sozialen Werkes; und wir sagten uns deshalb: Na, wenn das Werk gekrönt ist, dann betrachtet man es doch in der Regel als vollendet. Als unglaubliche Thomasse, die wir nun einmal sind, sahen wir daher fast keine Möglichkeit, das als getötet bezeichnete Werk noch weiter fortzuführen.

Die Resolution der Steuer- und Wirtschaftsreformer und noch mehr aber die Ausführungen des Grafen Mirbach, welche wir vorstehend wiedergegeben haben, haben uns insofern eines anderen belehrt und wir beweisen nun keinen Augenblick mehr, daß, nachdem die Reaktion vom Schlag der Steuer- und Wirtschaftsreformer in so verstärkter Zahl im Reichstage versammelt sind, sie daran gehen werden, die Kaiserliche Botschaft vom Jahre 1881 in dem von dem Grafen Mirbach angeregten Sinne auszulegen und in gesetzliche Bestimmungen zu formen. In dem vom Grafen Mirbach angedeuteten Sinne, also Erhöhung der indirekten Steuern und Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die moderne Arbeitbewegung, wird zweifellos der gegenwärtige Reichstag den höchsten Erfolg zu erreichen suchen. Das sind die Dingen, in welchen sich die herrschenden Klassen bisher am ehesten bewährt haben; und man kann sagen, daß der Reichstag die Situation im neuen Reichstage ganz richtig beurteilt, als er jenes weiter oben angedeutete Telegramm an die „Offenbacher Zeitung“ sandte. Alle Andeutungen darauf hin, daß in dem durch die Hottentottenwahlen zusammengeschlossenen Reichstage die deutsche Sozialpolitik in den seitherigen bewährten Bahnen, nämlich durch den weiteren Ausbau des der Armen bedrückenden indirekten Steuersystems und die Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die moderne Arbeitbewegung nachdrücklich fortgeführt werden wird.

Diese reaktionären Anzeichen aber, sie müssen alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen aufpeitschen und sie zum nachdrücklichsten Protest

herausfordern. Und dieser nachdrückliche Protest, das ist der immer eifriger zu betreibende Ausbau der gewerkschaftlichen und der politischen Organisationen. Die Erfüllung von Forderungen ausgenommen der Menschen, die wie als freie Staatsbürger und Menschen dringend notwendig haben: Verkürzung der Arbeitszeit, gesetzliche Sicherstellung unserer Existenz, Anerkennung unserer Fleißberechtigung im gewerblichen Leben, Schutz unserer Gesundheit und unserer Arbeitskraft usw., die nicht mehr länger hinausgeschoben werden können. Sollen sie zur Durchführung und Anerkennung kommen, dann müssen sie auf gewerkschaftliche Weise, also durch Selbsthilfe, erungen werden. Datum: Vorwärts, Kollegen! Hinzu in die schlagfertigen Reihen des organisierten Proletariats!

Vorbereitung gemeinsamer Aktionen in kartellierten Betrieben.

Was wird geschrieben:

In Nummer 6 des „Textilarbeiters“ unter der Spalte „Expansionspläne des Textilkapitals“, ist unter anderem ausgeschrieben: „Um der durch die Konzentration der Betriebe entstandenen Schwierigkeiten Herr zu werden, muß versucht werden, eine Verbindung unter den Arbeitern der kartellierten Betriebe herzustellen und aufrecht zu erhalten, damit gleich von vornherein ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.“

Diesen Ausführungen kann ich vollständig zustimmen. Die Ortsverwaltung der Filiale Elmendorf legt schon lange den Wunsch, eine solche Verbindung herzustellen. Schon mehrere Male haben wir den Versuch gemacht, wie haben uns an die Bauverwaltung gewandt mit dem Ergebnis, vermischt eingetreten, aber immer mit negativem Erfolg. Noch in letzter Zeit haben wir an sämtliche Ämter, welche uns bekannt waren, daß sie mit davon interessiert sind, ein Schreiben gerichtet. Der Erfolg war aber auch nur mangelhaft, da nur 2 Kollegen es für nötig befunden haben, etwas von sich hören zu lassen.

Des weiteren heißt es noch in dem Artikel: „Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Verbindung durch den Zentralvorstand hergestellt werden muß.“ Es wäre nun sehr zu wünschen, daß der Zentralvorstand recht bald diese Sache in Angriff nehmen könnte. Es würde sicher von allen Beteiligten mit Freuden begrüßt werden.

An den Kollegen in den einzelnen Orten wird es aber liegen, ob ein Versuch des Zentralvorstandes, eine Verbindung zu schaffen, von Erfolg gekrönt sein wird.

Deshalb, Kollegen aller beteiligten Orte, frisch aus Werk!

Nur dann, wenn wir alle mit dazu beitragen, nur dann, wenn wir alle mithelfen, Stein auf Stein zu setzen, werden wir in der Lage sein, uns ein Volkwerk zu schaffen, welches den Anstreben dieses Menschenkapitals standhalten kann.

Aber nicht nur dies. Wie werden dann auch in der Lage sein, noch bedeutendere Verbesserungen für die Arbeiter und Arbeitnehmer in diesen Betrieben zu erkämpfen.

Und dies ist vor allen Dingen notwendig.

Wenn man sich die Löhne betrachtet, welche z. B. hier in Elmendorf noch bezahlt werden, dann sollte man es nicht für möglich halten, daß eine Familie von 4-5 Köpfen, sich bei der heutigen zeiten Zeit auch nur einzigermaßen durchschlagen könnte. Werden doch hier in der Abteilung Kämmerer noch Löhne von 2,10 Mk. pro Tag für erwachsene Männer und 1,80 Mk. für erwachsene Frauen bei 10½ Stunden Arbeitszeit bezahlt. Ähnlich wie hier, werden die Verhältnisse auch in den anderen Betrieben sein.

Zög dieser miserable Verhältnisse konnte die Firma nicht umhin, in einem Bericht an die Handelskammer des Großherzogtums Oldenburg noch über die Begehrlichkeit der Arbeiter ihrem Bedauern Ausdruck zu verleihen, und ihrem gekräuselten Herzen durch folgende Worte Lust zu machen:

„In hohem Grade bedauerlich ist die in der gesamten Industrie und auch in unseren Betrieben hier die autarke treibende wachsende Verstärkung der Begehrungen zu den Arbeitern, die, wie es uns scheint, die Möglichkeit eines geordnetlichen Zusammenwirks der Unternehmer und Arbeiter immer mehr in Frage stellt. Ein solches erscheint so selbstverständlich; und doch ist zu befürchten, daß erst eine Periode heftiger Kampf durchlebt werden muss, um bei den Arbeitern die Erkenntnis wieder zu wecken, daß ihre Interessen, wenn richtig verstanden, mit denen des Unternehmers, in dem sie stehen, natürlich auf das innigste verbunden sind, und daß jenseits nicht im Kampf gegen die Unternehmer, sondern in enger Verbindung mit ihnen am wirtschaftlichsten gefördert werden können.“

Wirklich rührend ist es, wie die Direktion hier auf die Interessen der Arbeiter spekuliert. Wichtiger wäre es gewesen, die Direktion hätte einmal die gemeinsamen Interessen, welche Arbeitgeber und Arbeiter haben sollen, zu erkunden gesucht. Warum sie das wohl nicht getan hat? Nun, das ist sehr einfach, weil sie selbst gut weiß, daß es niemals eine solche Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern geben kann. Die Arbeiter können immer nicht erkennen, daß ihre Interessen, wenn richtig verstanden, nur dann erfolgreich gewahrt werden, wenn sie sich den freien Gewerkschaften und in diesem Falle dem Verband deutscher Textilarbeiter anschließen. E. S. D.

und verloren jede Verbindung mit diesen. Sie brauchten sich also wieder in einen Kampf ums Dasein mit den stärker entwickelten Stämmen einzulassen, noch war für die Entwicklung gegenseitiger Sympathie eine Gelegenheit vorhanden. Sie fanden also in dem ursprünglichen hauptsächlichen Hordenstaaten weiter leben. Unbehelligt durch äußere Feinde und durch innern Entwicklungskrieg schwärmten sie, Nahrung sammelnd, in altertümlicher Weise umher; ja, viele wilde Stämme leben heute noch in dieser Art als „Sammelvölker“, d. h. sie ziehen plan- undzielloß von Ort zu Ort, stelen alles in den Mund, was irgend ein Nahrungsstoff zu sein scheint, Früchte, Kräuter, Wurzeln, Insekten, niedere Wirbeltiere, ja auch Asas und führen so ein völlig mühsame und arbeitslose Leben, da einem so wenig wässerischen Geschmack die Natur besonders in tropischen, aber auch in gemäßigten Zonen hinreichend Nahrung liefert, zumal eine mit dünne Bevölkerung ein ganz ungebundenes Umherschweifen und ein Besuch immer neuer, noch nicht „abgegraster“ Gebiete ermöglicht. Noch heute leben Malachen und Papuas ausschließlich von den Gaben der Gagopalmie, vielen Insulanern der heißen Zone bietet die Kokospalme die ganze Nahrung, in diesen tropischen Gegenden gewährt die Natur dem Menschen alles ohne sein zutun, ohne daß er zu arbeiten, zu graben und zu jagen braucht, und in ähnlicher Weise mögen auch die Urmenschen zugetreten haben.

Unterweit nun heutige Naturvölker noch unmittelbare Abkömmlinge solcher hauptsächlichen Horden sind, oder unweit sie aus einem ehemaligen höheren Kulturstandpunkt wieder hinausgesunken, entartete Zweige der Menschheit darstellen, das ist schwer zu entscheiden. Die Wald-Weddas auf Ceylon leben oft nur paarweise zusammen, die Feuerländer Süd-Amerikas in Haufen von 12-20 Köpfen, die Australneger und Andamanen in folgen von 20 bis 50, ebenso leben es die ausgestorbenen Tasmanier. Bei den Waldindianern Süd-Amerikas lebt jede Familie in bestimmter Entfernung von den anderen; bei den Eskimos, Australneger, Bushmen und Feuerländern gibt es heute noch kein Oberhaupt über die einzelnen Horden.

Zum allgemeinen kann man aus Beobachtungen an noch lebenden Naturvölkern folieren, daß ein Oberhaupt in einer Horde erst ent-

steht, wenn diese 100 und mehr Köpfe zählen; in geringerer Zahl empfanden die Urmenschen nicht den Drang, sich einem einheitlichen Willen unterzuordnen.

Fachgewerbliche Rundschau.

Andauernde Haussuc am Baumwollmarkt. Dem „Confectionair“ wird aus gut unterrichteten Branchentreisen geschrieben:

In den Annalen der gesamten Industrie aller Branchen ist eine so dauernde Festigkeit des Marktes, verbunden mit steigender Materialknappheit, noch nicht beschaut worden, als es jetzt in der Baumwollindustrie der Fall ist. Trotz der fortlaufend günstigen „offiziellen“ Berichte über das Erntergebnis des vergangenen Jahres behauptet nicht nur der Rohmarkt eine steigende Festigkeit, sondern die Spinnereien verlangen fortgesetzt für spätere Termine (2. und 3. Quartal 1908) noch weit höhere Preise als bisher, und sind hierfür zum großen Teil mit Ordern besetzt. Die Webereien waren nicht in der Lage, die Preise des Rohmaterials zu folgen, da die Zwischenhändler und noch vielmehr die Konfektionäre aus diesem Grunde haben sie größtenteils die Gelegenheit zu reizigerlicher Deckung bei möglichem Aufschlag verpaßt, und stehen jetzt vor der Notwendigkeit, per 1908 entweder weit höhere Preise zu zahlen, welche sie von ihren Kunden heute noch lange nicht wieder erhalten, oder überhaupt ohne Ware bleiben! Die Warennot, vor welcher wir schon im vorigen Jahre waren, steigert sich von Woche zu Woche. Die Webereien zahlen heute schon täglich höhere steigende Preise, um nur Garnlieferungen zu erhalten, nachdem sie noch ältere Rückstände zu möglichst günstigen Preisen oft kaum mit Gewalt eintreiben können, und jedenfalls sehr unzureichend — nur erhalten. Es ist deshalb anzunehmen, daß auch bald diese Niedrigstellung bei den Zwischenhändlern und Konfumenten eintreten wird, und neben der Warennot auch die Qualität späterer Lieferungen hierunter leiden könnte, ohne daß Niedrigstellungen hiergegen Erfolg haben dürften. Gena Amerika und besonders Mex-

ikan, wenn diese 100 und mehr Köpfe zählen; in geringerer Zahl empfanden die Urmenschen nicht den Drang, sich einem einheitlichen Willen unterzuordnen.

Diese Rundschau bestätigt im vollen Umfang, was wir schon mehrmals betonten, nämlich, daß jetzt die geeignete Zeit ist, einen energischen Vorstoß zur Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiter zu machen. Natürlich darf dieser Vorstoß nicht ohne genügend starke Organisation unternommen werden und muß daher dem Ausbau derselben erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Dividenden. Die Aktiengesellschaften der Bremer Zude-

ppinerei und Lebenerie erhalten von dem Arbeitsertrag der bei der Firma beschäftigten Arbeiter wieder 12 % pro d.

Brand in der Seidenwarenfabrik Müller u. Möller, Wismar. Nachdem erst am 22. Januar d. J. die große mechanische Weberei der Brüder Chevalier niedergebrannt ist, wurde Wismar am Sonnabend, den 16. Februar, sehr, wieder durch Feueralarme erschreckt. Es brannte in der oben genannten Fabrik. Das Feuer soll durch Kurzschluß in dem aus Scheiben bestehenden Verbindungsgebäude der beiden dreistöckigen Verbindungsgebäude entstanden sein. Es gelang, das Fabrikgebäude zu erhalten. Trotzdem ist großer Schaden nicht nur durch das Feuer entstanden, welches die Jacquard- und anderen Webstühle mit den Webwaren, die darauf gespannt waren, stark beschädigt hat, sondern auch durch die enormen Wassermassen, die dorthin geschleudert wurden, wo die Flammen eingeschlagen. Es sind über 500 verschiedene Met. betroffen.

